Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drechsler, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 282. Halle, Donnerstag den 5. Dezember 1918. 2. Jahrgang.

Von der Armee Mackensen.

Budapest, 5. Dez. Die gestrigen Verhandlungen mit dem Stabe der Armee Mackensen sind beendet. Mackensen selbst hält sich augenblicklich in Großwardein auf. Der zuständige Ausschuß des ungarischen Kriegsministeriums und ein französischer Hauptmann im Generalstabe haben mit dem Stabe der Armee Mackensen eine Vereinbarung getroffen, derzufolge die deutschen Truppen heute in Hermannstadt vor dem französischen General Bertholot die Waffen niederlegen. Die auf dem Durchzug befindlichen deutschen Truppen werden überall von ungarischen Kommissionen entwaffnet. Es herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung.

Arbeiterinnen! Genossinnen!

Am 16. Dezember tagt die Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte. Dazu finden augenblicklich überall im Lande die Wahlen statt. Pflicht der Genossinnen ist es, überall darauf hinzuwirken, daß auch zuverlässige Frauen in diese Versammlung entsandt werden. Aufgabe der dazu gewählten Genossinnen muß es unter anderm sein, dafür zu sorgen, daß wir Frauen auch in der von der Reichsversammlung zu wählenden Körperschaft, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die politische Gewalt haben soll, vertreten sind. Die schwere politische und wirtschaftliche Uebergangszeit bringt für die Frauen der arbeitenden Klasse ganz besondere Lasten mit sich. Diese nach Möglichkeit zu lindern, muß Aufgabe der Genossinnen sein. Die Zeit erfordert unsere ganze Hingabe und Kraft, es müssen Frauen hinein in die Arbeiterräte.

Marie Juchacz.

Arbeiter aufs Land!

Das preußische Landwirtschaftsministerium hat an die Landwirtschaftskammern ein Rundschreiben gerichtet, in dem auf die Ueberfüllung der Städte mit Arbeitslosen hingewiesen und die dringende Mahnung ausgesprochen wird, die dem Ministerium unterstellten Behörden sollten alles tun, um den Abfluß der städtischen Arbeitslosen nach dem platten Lande zu unterstützen. Für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, die eine Lebensfrage für das deutsche Volk darstelle, sei die Schaffung eines festen Arbeiterstandes Voraussetzung. Die Stabilisierung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande sei aber nur möglich, wenn die Landwirte den neuen Verhältnissen Rechnung tragen, die Arbeiter gut behandeln, ausreichend entlohnen und für eine menschenwürdige Unterkunft Sorge tragen. Würden diese Voraussetzungen erfüllt, dann werde sich dem Abstrom der Arbeitslosen von der Stadt auf das Land kein unüberwindliches Hindernis mehr in den Weg stellen. Das Rundschreiben schließt mit der Aufforderung an die Landwirte, während des Krieges zurückgestellte Aufträge an die Industrie und das Handwerk nunmehr ohne Verzug zu erteilen. Auch hier werden die dem Ministerium unterstellten Behörden aufgefordert, im Sinne der Zentralinstanz zu wirken.

Sozialistische Unbildung.

TK. Unermüdlich setzt die Liebknechtgruppe den Arbeitern auseinander, mit der Verjagung der Hohenzollern habe die Revolution nur begonnen. Sie müsse in der gleichen Weise fortgesetzt und bis zur Zerstörung des Kapitalismus gesteigert werden.

Dieselbe Methode dehnt sich auf das wirtschaftliche Gebiet aus, und da ist es wahrhaft gefährlich. Der Spartakusklub lehrt, die Arbeiterklasse müsse vor allen Dingen ihren Feinden die wirtschaftliche Macht entreißen. Sie müsse den Großgrundbesitzern das Getreide und die anderen Lebensmittel, den Kapitalisten das Gold und die anderen Produktionsmittel wegnehmen. Erst dann dürfe man wählen, erst dann sei Sicherheit dagegen geschaffen, daß nicht Uebergewicht der Kapitalisten den Volkswillen erdrücke.

Politisch ist das Unsinn. Beim geheimen Wahlrecht kommt die Kapitalsgewalt an sich nicht sehr stark zur Geltung. Wenn die besitzenden Klassen über größere Geldmittel für ihre Zeitungen und ihre Propaganda verfügen, so hat die Arbeiterklasse diese durch festen Zusammenschluß in der Parteiorganisation wettgemacht. Die Behauptung, daß die Demokratie ohnmächtig sei, solange der Kapitalismus bestehe, ist durch die Tatsachen als falsch erwiesen. Trotz aller Millionäre hat die Sozialdemokratie schon im Jahre 1912 30 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt. Nach der ungeheuren Revolutionierung der Köpfe durch den Krieg erwarten wir zuversichtlich eine sozialdemokratische Mehrheit in der Konstituante.

Aber vor allem kann man die Herrschaft über die Wirtschaft ggr. nicht in der Weise durch einen Staatsstreich gewinnen, wie die Herrschaft über den Staat durch eine siegreiche Revolution. Die Spartakusleute stellen sich die Sache viel zu einfach vor. Ihre Redner raten sogar den Arbeitern, nicht erst das Signal zur Sozialisierung von obenher abzuwarten, sondern auf eigene Faust an die Arbeit zu gehen. Dies war ja die Methode der Bolschewiki, welche den Arbeitern einfach erklärt haben: das Gut oder die Fabrik, in denen ihr arbeitet, gehören von heute an euch selbst. Und mit großer Genugtuung verzeichnet es die ganze Serie der neuentstandenen Roten Fahnen, wenn der Kommerzienrat Bentzki in Graudenz oder irgendein anderer Unternehmer in Bremen oder im erzgebirgischen Schwarzenberg angesichts von Lohnforderungen, die er nicht bewilligen kann, seinen Arbeitern die Bereitwilligkeit erklärt, ihnen den ganzen Betrieb zu übereignen.

Nehmen wir einmal an, das geschähe in ganz Deutschland. Bilden wir uns weiter ein, was ganz sicher falsch ist, die so umgestalteten Fabriken würden zweckmäßig geleitet werden und den gleichen Arbeitsertrag wie früher bringen. Dann wäre der Kapitalprofit in Wegfall gekommen. Aber wie wenig wäre damit erreicht! Was ist denn bisher mit dem Kapitalprofit geschehen? Nur einen winzigen Teil davon haben die Kapitalisten für ihren Luxuskonsum verbraucht. Den weitaus größten Teil des Profits haben sie zur ständigen Neuerweiterung ihrer Betriebe, zu allen möglichen Neuanlagen benutzt. Diesen Teil des Kapitalprofits müßten auch wir alljährlich zurückstellen; denn nur die ständige Vermehrung der Produktionsmittel kann ein zunehmendes Volk in den Stand setzen, sich zu ernähren. Es würde also lediglich das bißchen Luxuskonsum beseitigt, und das lohnt wahrhaftig kaum, wie ja der stets geringe Ertrag der Luxussteuern bereits angezeigt hat.

Wäre also der Sozialismus für die breiten Massen von gar nicht so wesentlichem Nutzen, wie wir uns immer eingebildet hatten? Wenn er nur in der Enteignung der Kapitalisten, in der Expropriation der Expropriateure bestünde, dann allerdings! Aber der Sozialismus ist etwas ganz anderes, er ist viel mehr! Er bedeutet die Leitung der gesamten Produktion in einem Industriezweig und schließlich in der gesamten Volkswirtschaft nach einem großen einheitlichen Plan. Durch diese Planmäßigkeit werden alle ganz frei, alle unnützen Ausgaben für Konkurrenz und Reklame, für Wegzug der Rohstoffe auf Umwegen und Abzug der Erzeugnisse an fernen Plätzen statt in der Nähe beseitigt. Die sozialistische Volkswirtschaft wird dadurch der privatkapitalistischen so ungeheuer überlegen, wie der arbeitsteilige Großbetrieb einer Unzahl kleiner Einzelbetriebe überlegen ist. In beiden Fällen besteht das ganze Geheimnis im einheitlichen Plan, in der einheitlichen Leitung. Der Sozialismus bedeutet ferner planmäßige Ausschaltung aller minderwertigen Produktionsmethoden, aller unzweckmäßigen Arbeitsarten. Durch natürliche Vorteile der Lage oder durch Druck auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schleppen sich in der kapitalistischen Wirtschaftszeit unzählige rückständige Betriebe noch jahrzehntelang fort. In der planmäßigen Gemeinwirtschaft hört das sofort auf.

Aber dazu muß der Sozialismus eben wirklich eine große Gemeinwirtschaft konstruieren und die Produktivität der Arbeit wirklich erhöhen. Aus der gleichen Arbeit höhere Produktivität zu erzielen — darin liegt der volkswirtschaftliche Kern der sozialistischen Idee. Ihn verkennen die Spartakusleute in ihrer sozialistischen Unbildung. Sie glauben mit Vernichten und Zertrümmern etwas Sozialistisches schaffen zu können, während Sozialismus doch wirtschaftliche Feinmechanik, Aufbau und Ordnung höchsten Grades ist. Der wissenschaftlich gebildete Sozialist kann kein Bolschewik sein.

Der Aufmarsch des Bürgertums.

Wie durch manche Zerfahrenheit, so hat die Revolution auch durch die Zersplitterung des deutschen Parteilebens einen Strich gemacht. Das in unzählige Gruppen und Gruppchen zerspaltene Bürgertum sieht sich gezwungen, festeren Zusammenhalt zu suchen. Der Traum einiger Reaktionäre, der auf die Schaffung eines einheitlichen bürgerlichen Mischmaschblockes hinzielte, ist allerdings nicht völlig in Erfüllung gegangen. In drei getrennten Heersäulen marschiert das Bürgertum zum Wahlkampf auf. Nur eine von diesen deckt sich mit einer früheren Partei, die beiden anderen sind aus dem Zusammenschluß bis dahin selbständiger Gruppen entstanden.

Das Zentrum hat seinen Namen in „christlich demokratische Volkspartei" umgewandelt, es hat sein Programm demokratisch und pazifistisch aufpoliert und hat im übrigen seinen klerikalen Charakter in jeder Beziehung beibehalten. Mit der Demokratisierung sucht es sich der durch die Revolution geschaffenen Stimmung anzupassen und gleichzeitig sein eigentliches kulturreaktionäres Programm zu maskieren.

Sämtliche Gruppen der Rechten zeichnen jetzt zusammen als „Deutschnationale Volkspartei". Unter den Aufrufen dieser „Volkspartei" liest man zu mehr als 50 Prozent adlige Namen! Heydebrand und Oldenburg-Januschau haben die Dreistigkeit, sich als Volkspartei auszugeben.

Am interessantesten ist der Fusionierungsprozeß der Liberalen gewesen. Er läßt sich kurz so beschreiben: Erst sind die besseren Elemente ausgetreten, weil sie einsahen, daß mit der alten spießbürgerlichen und industrieabhängigen Führung nichts zu machen sei und haben eine neue Partei gegründet. Nach und nach begann das übrige zu ihnen überzulaufen, zuletzt die bisherigen Führer, als sie sich isoliert sahen. Nun ist die alte Gesellschaft glücklich wieder auf einem Fleck zusammen, und es muß sich erst zeigen, ob wirklich, wie Berliner Tageblatt und Vossische Zeitung versichern, damit der Einfluß der alten Führerschaft ausgeschaltet ist. Der schwerliberale großindustrielle Flügel der Nationalliberalen soll allerdings von der Einigung ausgeschlossen worden sein. Er wird sich vermutlich mit der Januschauer Volkspartei fusionieren. Immerhin gab es bei den bisherigen Fortschrittlern und Nationalliberalen auch außer Fuhrmann und Lohmann manchen, dessen Herz sehr wenig bei einer wirklich demokratischen Partei sein wird.

Der sozialdemokratischen Arbeiterschaft muß die zunehmende Konzentration des Bürgertums ein Ansporn sein zum Ausbau der eigenen Organisation.

Wilsons Stellung auf dem Friedenskongreß.

In seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten sagte Wilson über seine Europareise:

Ich benutze diese Gelegenheit, um in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege assoziiert waren, zusammenzukommen, um mit ihnen die **Hauptteile des Friedensvertrages** zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, die sich daraus ergeben, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlasse, bewußt, aber der Entschluß, daß es **meine unumstößliche Pflicht** sei, hinzugehen, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die, wie ich hoffe, für Sie ebenso entscheidend sein werden, wie sie mir erschienen. Die **alliierten Regierungen** haben die **Grundlagen für den Frieden angenommen**, die ich im Kongreß am 8. Januar 1918 diktierte, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Die Friedensabmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und den Rest der Welt von größter Bedeutung, und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verwirklichung dessen, wofür die tapferen Männer unserer Streitkräfte ihr Leben und Blut geopfert haben, auf mich zu nehmen.

Ein im italienischen Ministerium des Aeußern gut eingeführter Mitarbeiter der Perseveranza schreibt seinem Blatte:

Der Präsident der Vereinigten Staaten wird sich vornehmlich mit den **grundsätzlichen Fragen der Neugestaltung der Welt** befassen. Die Beilegung der **einzelnen** Streitfragen wird er den europäischen Staaten überlassen, jedoch verlangen, daß **feste dauernde Grundlagen für eine dauernde, friedliche Völkergemeinschaft geschaffen** werden. Auf diesem Gebiet werden die italienischen Staatsmänner aller Wahrscheinlichkeit nach mit Wilson schnell in ein gutes Einvernehmen kommen. Wie die Konferenz in Versailles zeigte, hat Oberst House, der Vertrauensmann Wilsons, den Auftrag, viel zu hören und nichts zu sagen. In der Tat begnügte er sich damit, die Vorschläge der Ententeregierungen und ihrer Generalstäbler gutzuheißen, aber im Namen Wilsons den Vorbehalt zu machen, daß die Waffenstillstandsbedingungen nicht mit den Friedensbedingungen vermischt werden dürfen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Wahl der Landesversammlung in Württemberg.

Der württembergische Staatsanzeiger veröffentlicht die Wahlordnung für die verfassungsgebende Landesversammlung. Zu ihr müssen 150 Abgeordnete in einem Wahlgange für das ganze, einen einheitlichen Wahlbezirk bildende Land auf dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. Die Wahlhandlung findet im ganzen Lande am Sonntag, dem 26. Januar, statt.

Zum Schutze der Preßfreiheit.

In letzter Zeit haben sich die Klagen über **unrechtmäßige** Eingriffe in **bürgerliche Zeitungsbetriebe** gemehrt. In allen solchen Fällen ist von der Reichsregierung sofort eingetreten worden. Den daran beteiligten Arbeiter- und Soldatenräten ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Reichsregierung auf unbedingteste Innehaltung der von ihr verkündeten Pressefreiheit besteht. (WTB.)

Baldige Belieferung Deutschlands mit Heringen.

Die norwegische Parteipresse stellt die Belieferung Deutschlands mit den der norwegischen Regierung gehörigen Heeresbeständen als unmittelbar bevorstehend hin. Die in Stavanger liegenden Vorräte — 50 000 Faß — seien in diesen Tagen schon von staatlichen Inspektoren besichtigt worden, die alle Vorbereitungen zur Verschiffung nach Deutschland getroffen hätten.

Fehrenbach, der verflossene Reichstagspräsident.

Nachdem er den ersten Revolutionsschrecken überwunden hat, macht sich der frühere Reichstagspräsident Fehrenbach recht mausig. Auf den ihm von Ebert-Haase gewordenen Bescheid, daß es bei der Ausschaltung des Reichstages verbleibt, telegraphiert er von neuem an die Reichsleitung:

Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. Solange Sie aber nicht auflösen, sind Sie trotz der Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des B. G.-B. oder des Prozeßrechtes hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet gesetzlose Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich. Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Herr Fehrenbach wird wohl demnächst entdecken, daß auch der Bundesrat als gesetzgebende Körperschaft noch besteht und daß niemand das Recht hat, Gesetze zu vollziehen, als der Kaiser. Er leugnet einfach die Revolution. Das ist recht keck und herausfordernd, aber die Revolution ist trotzdem eine Tatsache und wird auch durch Herrn Fehrenbachs Leugnen nicht aus der Welt geschafft. Darum darf man seinen Protest lächelnd zu den übrigen legen.

Die Gassperre

verursacht in der Druckerei so erhebliche Betriebsstörungen, daß heute trotz größter Anstrengungen nur eine vierseitige Ausgabe der Volksstimme fertiggestellt werden konnte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181205-11/fragment/page=0001

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 5. Dezember 1918.

*Versammlung kaufmännischer Angestellter. Der kaufmännische Angestellte als Arbeitnehmer und Staatsbürger hat heute mehr als je Veranlassung, seine Rechte im neuen Staatswesen zu wahren. Dieser Notwendigkeit trägt die berufene Interessenvertretung der kaufmännischen Angestellten, die Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer Verbände (A. K. V. von 1916) Rechnung, indem sie eine öffentliche Versammlung Freitag, am 6. Dezember, abends 8 Uhr in der Saalschloßbrauerei abhält, in welcher zwei Redner großer Berufsvereine sprechen werden.

*Aepfelverteilung. Wir erwarten bei der jetzigen Aepfelverteilung, daß diejenigen keinen Gebrauch davon machen, welche bereits in der Lage waren, sich mit Obst zu versorgen.

Der Magistrat.

*Stadttheater. Heute Donnerstag, den 5. wird Walter Harlans gotisches Lustspiel „Die vorsichtige Jungfrau" mit Irma Grawi in der Titelrolle gegeben. Freitag nachmittag 3½ Uhr zum erstenmal „Schneewittchen", Märchen von Görner, abends 7½ Uhr „Die Rose von Stambul", Sonnabend „Fidelio", Sonntag nachmittag 3½ Uhr „Schneewittchen", abends 7½ Uhr neu eingeübt „Cosi fan tutte" von Mozart, in der Bühnenbearbeitung von Leopold Sachse.

* Zoologischer Garten. Heute Donnerstag abend 8 Uhr findet das dritte Gesellschaftskonzert vom Stadttheater-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Leo Schönbach statt. Die Vortragsfolge enthält Werke von Gade, Grieg, Svendsen, Mendelssohn, Tschaikowsky, Luigini, Suppé, Zeller, Strauß. In Anbetracht des zu erwartenden Kunstgenusses wird allen Musikfreunden der Besuch dieses Konzertes wärmstens empfohlen. Der Eintrittspreis beträgt für Nichtabonnten 50 Pf. für die Person. Abonnenten für den Zoologischen Garten und das Bad Wittekind haben freien Eintritt. (Siehe Anzeige.)

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Stellungnahme zur Nationalversammlung.

Die beiden großen Volksversammlungen die Sonntag vormittags 10 Uhr im Walhalla-Theater und Thalia-Sälen stattfinden, sollen dazu dienen, die Stellung unserer Partei zur angekündigten Nationalversammlung der Oeffentlichkeit darzulegen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 16001—17500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 17501—19500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pf. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schale. Umtausch innerhalb drei Tagen.

Frische Aepfel. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr: auf Lebensmittelscheine Nr. 13501—14300, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 14301—16000 in der Talamtschule, vormittag 8—12 Uhr: Nr. 16001—16700, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 16701 bis 17500 in der Leipziger Straße 5, vormittags 8—12 Uhr: Nr. 17501—18200, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 18201 bis 19500 in der Königstraße 5, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 19501—20000, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 20001 bis 20500 in der Martinstraße 11. Der Abschnitt 248 des Warenbezugsscheins 18 ist abzugeben. Jede Person ½ Pfd. Pfund 1.30 M. Verkauf **nur** in den vorgenannten Verkaufsstellen.

Kartoffeln. Von Freitag an, auf Abschnitt 25 der Kartoffelkarte sieben Pfund Kartoffeln, für die Woche vom 9. bis 15. Dezember in der Talamtschule. Marke 25 verliert am 11. Dezember seine Gültigkeit.

Sauerkohl. Freitag, auf Warenbezugsschein 18 Abschnitt 247 jede Person 150 g. Das Pfund kostet 33 Pf. Verkauf nur an die einigen, welche in die Kundenlisten eingetragen sind.

Quark. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr auf Abschnitt 5 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Martinstraße 11. Zugelassen, sind nur diejenigen die bei den Vorgenannten zur Kundenliste angemeldet sind. Jede Person ½ Pfd. für 55 Pfennig.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden **aufgefordert**, die auf ihren Betrieb entfallenden **Zuckermarken und Bezugsscheine für Süßstoff und Kaffee Ersatz**, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G, **am Freitag, den 6.**, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—N, **am Sonnabend, den 7.**, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O—S, **am Montag, den 9.** und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T—Z **am Mittwoch, den 11. Dezember 1918, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen.** — Ein **Ausweis ist mitzubringen.**

Halle, den 4. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung

In letzter Zeit haben mehrfach geschlechtskranke Heeresangehörige die Lazarette vor abgeschlossener Behandlung eigenmächtig verlassen. Diese Aufgabe der ärztlichen Behandlung macht ernste, im Falle der Verschleppung schwer heilbare Folgeerscheinungen für den Erkrankten unvermeidlich, gefährdet aber auch in hohem Maße das **allgemeine Volkswohl.**

Es ist daher Pflicht der genannten Heeresangehörigen, sich wieder in das nächstgelegene Lazarett zu begeben, wozu sie hiermit aufgefordert werden. Die Lazarette dürfen [illegible] verlagern werden, wenn der Arzt die Entlassung ausspricht.

Sollte dieser Aufforderung nicht Folge geleistet werden, so werden die Namen der Erkrankten öffentlich bekanntgemacht werden.

Der stellv. Kommandierende General.
von Werder.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
J. V.: Eberhardt.

Bekanntmachung.

Für die jetzt im Grundstück Ludwig Wuchererstraße 86 befindliche Ausfertigungsstelle für Bezugscheine für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren **wird zum 1. Januar 1919 im Bezirk des VI. Polizeireviers ein geeignetes Lokal zu mieten gesucht.** Besonders geeignet sind größere Leden mit Ladenstube.

Angebote mit näheren Angaben und Preis umgehend an das Stadternährungsamt, Abt. II, Marktplatz 22, Zimmer 34, erbeten.

Halle, den 5. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Durch anderweitige Regelung der Arbeitszeit veranlaßt, treten folgende Aenderungen im Fahrplan ein: Vom Donnerstag, dem 5. Dezember 1918 ab fallen die Züge 45/46 und 59/60 fort, dagegen wird ein neues Zugpaar zwischen Halle Kl. und Dölauer Heide eingelegt

ab Halle/Kl. 4³⁰ nachm.
an Heide 4⁴⁵ „
ab Heide 4⁵⁰ „
an Halle Kl. 5⁰⁶ „

Halle, den 3. Dezember 1918.

1777] **Halle-Hettstedter Eisenbahn.**

Praxis wieder aufgenommen!
Dr. Max Fischer
Facharzt für Haut- und Harnleiden
Halle a. S., Große Ulrichstraße 4, II.

Aus dem Felde zurück.
Dr. Beleites
Facharzt für Ohr, Nase, Hals.
Ich übe meine ärztliche Tätigkeit wieder aus, habe meine **Wohnung** aber inzwischen nach
Mauerstraße 7
(Elisabethkrankenhaus)
verlegt. [1769

Die Praxis meines Hauses übernimmt
Herr Dr. Hammer
Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten.
Sprechstunden: Vormittags 8—11, nachmittags 5—7 Uhr.
Frau Dr. Schnell
Geiststraße 1 (Kaffee David).

Aus dem Felde zurückgekehrt, führe ich
Stimmungen
und Reparaturen von Pianos und Flügeln wieder selbst aus. Bestellungen erbittet
Herm. Lüders [1751
Mittelstraße 9—10
Aelteste Pianohandlung am Platze

Nach einer Verfügung des Reichsmarineamtes vom 13. 11. 18 kann nunmehr
Teer
ohne Beschränkung an Handwerker, Bedachungsgeschäfte und private Verbraucher, sowie zu **Straßen- u. Schiffssteerungen u. sonstigen Anstreichzwecken** abgegeben werden.
Halle, den 19. 11. 1918. [1724
Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke

2000 Erd-, Transport- und Grubenarbeiter
finden sofort Stellung durch das [1770
Städt. Arbeitsamt Halle,
Salzgrafenstraße 2.

Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer Verbände
(A. K. V. von 1916) Ortsausschuß Halle-Saale.
Kaufmännische Angestellte in Handel und Industrie
werden eingeladen zur öffentlichen Versammlung
Freitag, 6. Dezember, abends 8 Uhr,
Saalschloßbrauerei
Unsre Stellung zum freien Volksstaat
Redner: **Wilhelm Beckmann-Leipzig; Georg Brost-Leipzig**
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband • Kaufmännischer Verein von 1858 • Verband Deutscher Handlungsgehilfen • Verein der Deutschen Kaufleute • Verband reisender Kaufleute Deutschlands • Verein für katholische Kaufleute und Beamte • Allg. Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen • Verband junger Drogisten Deutschlands E. V. • Verband der Deutschen Versicherungsbeamten • Deutscher Bankbeamten-Verein • Deutscher Verband kaufmänischer Vereine. [1778

Nach Zeitungsberichten vom 3. d. M. ist in der Sitzung des Halleschen Soldatenrates am 2. d. M. geäußert worden, die Unternehmer trieben Sabotage, um dem Arbeiter- und Soldatenrate Schwierigkeiten zu bereiten.

Wir bedauern außerordentlich, daß der gute Wille der Bergwerksleitungen, den drohenden Verfall des Wirtschaftslebens abzuwenden, eine so wenig gerechte Würdigung findet, und weisen die uns unterstellte Handlungsweise auf das entschiedenste zurück.

In den mit den Arbeiter- und Soldatenräten geführten Verhandlungen ist immer wieder mit aller Deutlichkeit auf die Ursachen der mehr und mehr zurückgehenden Kohlenförderung hingewiesen worden.

Sie sind in erster Linie in der Verkürzung der Arbeitszeit und dem Rückgang der Leistungen, ferner in dem zur Zeit bestehenden großen Mangel an Arbeitskräften und der Arbeitsverweigerung der Kriegsgefangenen zu suchen.

Der Vorstand des Hallischen Bergwerks-Vereins. [1781

Kleider- und Kostümstoffe
in Wolle, Seide, Samt- und Schleierstoff
Große Auswahl ⊙ Vorteilhafte Preise [507
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Landgastwirtschaft
mit Stall u. Trockenschuppen in schöner Gegend, Bahnst., eignet sich auch für Nichtfachleute u. Invall., soll verk. werden. Anz. nach Uebereinkunft, Uebernahme jederzeit. Off. unter **B. C.** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Thaliasäle, Dienstag, den 10. Dezbr. 1918
I. volkstümlicher Unterhaltungsabend
Veranstalter u. Leiter: **Siegfried Kummerehl**
Mitwirkende:
Opernsängerin Henriette Böhmer
Opernsänger Kurt Schreiber
Schauspieler und Spielleiter Willi Schur
Konzertmeister Arthur Bahnhardt
Mitglieder des Stadttheaters
Rezitator Siegfried Kummerehl
Am Flügel: **Werner Ladwig** [1779
Karten zu M. 1.55 u. 1.05 bei H. Hothan, Gr. Ulrichstr.

Schilder
jeder Art [1752
Erich Haack, Fischerplan 1.

Richard Wolf, Baumaterialien
Halle a. S. Verl. Königstr. Fernspr. 1113
empfiehlt zur billigsten Lieferung
Einmachetöpfe, Pökelfässer
von 5—80 L. Inhalt, [1625
Futtertröge für Schweine, Ferkel, Ziegen, Kaninchen usw.
in allen Formen und Größen.
Ferner empfehle ich mich zur Lieferung aller
Baumaterialien.

Die deutsche Revolution
Des Volkes Sieg und Zukunft
von
Erich Kuttner
Redakteur des Vorwärts
Preis 25 Pf.
Vorrätig in der Buchhandlung der Volksstimme

Nur kurze Zeit!
Zirkus Althoff
Halle a. S.
im Saal des Wintergartens
Heute sowie täglich abends 8 Uhr
Große Gala-Vorstellung
mit stets wechselndem Programm.
Sonnabend und Sonntag
finden täglich
2 große Vorstellungen 2
statt.
Vorverkauf und Preise der Plätze siehe Plakate und Anschlagsäulen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181205-11/fragment/page=0002

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 282. Halle, Donnerstag den 5. Dezember 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 5. Dezember 1918.

Genossen und Freunde!

Kommenden Sonntag, den 8. d. M., vorm. 10 Uhr, finden im Walhalla-Theater und in den Thalia-Sälen zwei Volksversammlungen statt. Werbt in Euren Bekannten- und Freundeskreisen für starken Besuch.

Der Wiedereintritt der entlassenen Kriegsteilnehmer in die Krankenkasse.

Durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung ist die Krankenversicherung in weitgehendem Maße den Bedürfnissen der Kriegsteilnehmer angepaßt worden. So hatten sie das Recht, nach der Einberufung zum Heeresdienst freiwillige Mitglieder ihrer Krankenkasse zu bleiben und solchenfalls bei Krankheit, Verwundung usw. die Kassenleistungen wie z. B. Krankengeld zu beziehen. Für die gegenwärtige Demobilmachung bedeutungsvoll ist die Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1915. Nach dieser können alle aus dem Heeresdienst Entlassenen, die wegen des Eintritts in den Kriegsdienst ihre Kassenmitgliedschaft haben erlöschen lassen, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder in die Krankenkassen eintreten, auch wenn sie eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht aufnehmen. Solchenfalls sind sie als freiwillige Mitglieder zu behandeln. Die Krankenkassen sind nicht berechtigt, diesen Wiedereintritt in die Kasse von einer ärztlichen Untersuchung abhängig zu machen. Somit ist der Beitritt auch Kranken und selbst erwerbsunfähigen Entlassenen gestattet. Sie haben sogar Anspruch auf die vollen Kassenleistungen für derartige Unterstützungsfälle, die bei dem Wiedereintritt bereits vorhanden waren — so bestimmt die Bundesratsverordnung vom 16. November 1916.

Der freiwillige Beitritt binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat steht auch solchen Kriegsteilnehmern offen, die schon vor Friedensschluß wegen Verwundung oder Erkrankung als dienstuntauglich oder aus sonstigen Gründen entlassen werden. Rückkehr in die Heimat liegt endlich auch vor bei einer längeren Beurlaubung. Gibt auch nicht jeder kurze Urlaub das Recht zum Wiedereintritt in die Kasse, so doch ein längerer Urlaub, wenn der Beurlaubte sein bürgerliches Leben für eine Zeit wieder aufnehmen kann. Auch die Soldaten, die zur Arbeit beurlaubt werden, ohne deshalb aus dem Militärverhältnis auszuscheiden und die, weil sie Heeresangehörige bleiben, nicht krankenversicherungspflichtig sind, haben das Recht, als freiwillige Mitglieder der Kasse beizutreten.

---

* **Feldgraue Räuber.** In der Nacht zum 2. Dezember gewahrten Hausbewohner des Grundstücks Kl. Wallstraße 2, daß vor dem Hause ein Soldat auf- und abging. Einer der Hausbewohner begab sich darauf nach dem Hofe und fand dort einen zweiten Soldaten vor, der die beiden Milchziegen abgeschlachtet hatte und in Säcke stecken wollte. Der Eigentümer der Tiere wurde von dem Soldaten angefallen und durch einen Messerstich an der linken Brustseite erheblich verletzt, worauf der Täter flüchtete. Ein zu Hilfe geeilter zweiter Hausbewohner will dem Täter einen Stockhieb ins Gesicht beigebracht und ihn verletzt haben, da sich an dem Stocke Blutspritzer befinden. Beide Soldaten sind unerkannt entkommen. Wer über die Täter, die in letzter Zeit im Norden der Stadt eine ganze Anzahl Tiere abgeschlachtet und gestohlen haben, Angaben machen kann, wolle seine Wahrnehmungen der Kriminalpolizei Dreyhauptstraße 4, Zimmer 71 oder 73, mitteilen.

Aus der Provinz.

An die Parteigenossen im Bezirk.

Die große Umwälzung in Deutschland hat die ganze Bevölkerung mit lebhaftem politischen Interesse erfüllt. Da ist es leichter als sonst möglich, neue Mitglieder für die Parteiorganisation zu gewinnen. Jeder Genosse benutze daher die vielfachen Gelegenheiten, um neue Anhänger und Mitglieder zu werben.

Mit Parteigruß.

Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg.

J. A.: R. Drescher, Halle a. S., Harz 42/44.

Merseburg. Von der Regierung. Die durchgehende Arbeitszeit ist nun auch bei der Regierung zur Einführung gelangt, und zwar zunächst probeweise vom vergangenen Montag an. Die Neuerung erfolgte auf Antrag des Beamtenausschusses.

— Billige Möhren. In den letzten Tagen konnte man häufig kleine Fuhrwerke und Handwagen beobachten, die Möhren in größeren Mengen, oft mehrere Zentner, geerntet hatten. Diese Möhren stammten von den Feldern des Gefangenenlagers, die zur Aberntung an die Bevölkerung freigegeben waren, da zur Einbringung der Früchte keine Arbeitskräfte zur Verfügung stand. — Wäre es unter diesen Umständen nicht richtiger gewesen, die Felder der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen? Die Stadt hätte für eine regelrechte Aberntung im Interesse der Allgemeinheit sicher Sorge getragen.

Hettstedt. Großer Wäschediebstahl. Für 6000 Mark Wäsche gestohlen wurde der Hebamme Heidenreich, Burgstraße 2. Der Verlust wurde erst jetzt bemerkt und von der Bestohlenen Anzeige erstattet.

Weißenfels. Eine öffentliche Versammlung aller Angestellten fand am 2. Dezember in Schumanns Garten statt. Das Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Arbeitersekretär Kleis sprach über das neue Deutschland und die Angestellten. Er führte aus, daß die Angestellten aller Art, namentlich die Staats- und Gemeindebeamten, der revolutionären Bewegung viel zu danken haben. Bringt sie ihnen doch Bewegungs- und Koalitionsfreiheit. Diese neuen Möglichkeiten müssen auch ausgenützt werden, denn wer Rechte hat und sie nicht anwendet, ist ihrer nicht wert. Gerade weil die Angestellten sich seither so gut wie nicht organisiert hatten und zu — bescheiden waren, ist ihre wirtschaftliche Lage eine so rückständige. Die Angst mancher Angestellten, daß die gegenwärtigen Freiheiten nicht von Bestand sind und sie, wenn sie sich jetzt gewerkschaftlich betätigen, dann wieder schwere Nachteile haben, sei unbegründet, denn die geschaffene Demokratie wird eine dauernde sein. Zuletzt schilderte er die Einrichtungen des Verbandes der Bureauangestellten (Sitz Berlin). Die Aussprache war eine lebhafte. Bureauangestellter Fietz ergänzte die Ausführungen des Referenten. Werkmeister Türk verteidigt den Werkmeisterverband, der auch eine Kampfesorganisation sei. Die Arbeiterjähne seien während des Krieges infolge der starken Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen. Ein Handlungsgehilfe nahm den Verband Leipziger Handlungsgehilfen in Schutz, der auch für gleiche Löhne der weiblichen Arbeitskräfte eintrete. Diese Ausführungen wurden von Junghans und andern widerlegt. Der zweite Punkt der Tagesordnung war Stellungnahme zur Wahl von Vertretern in den Arbeiterrat. Es wurde mitgeteilt, daß sich schon ein Ausschuß öffentlicher Angestellter (Staats- und Gemeindebeamten usw.) gebildet habe, dem rund 1000 Personen angeschlossen seien. Man einigte sich dahin, daß dieser Ausschuß die nötigen Vertreter zum Arbeiterrat ernennt. Weiter wurde beschlossen, noch einen Ausschuß der Privatangestellten einzusetzen, der ebenfalls die Vertreter zu dem Arbeiterrat wählt und die Verbindung mit diesen herstellt. Gewählt wurden die Herren Fietz, Türk, Jehnert, Kockoff und Fräulein Hetzschel. Die Aussprache drehte sich noch um die allgemeine Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte, die nach Ansicht der meisten Redner nur Vertreter aus Kreisen, welche die Revolution getragen haben, aufnehmen kann.

Wittenberg. Die täglichen Diebstähle. Am Sonnabend nachmittag wurde aus der Ladenkasse der Witwe Hellwig, Mittelstraße 22, der Betrag von 100 M. gestohlen. Da der Diebstahl sehr bald bemerkt worden war, gelang es, den Dieb in der Person eines Kupferschmiedelehrling zu ermitteln, und ihm noch den Betrag von 75 M. wieder abnehmen zu können.

— Während einer am Freitag abend im Volksgarten abgehaltenen Tanzlustbarkeit hatten die in der Adlerstraße wohnenden Arbeiterinnen Adelheid Hebert aus Gamaden und Elisabeth Albrecht aus Altenburg ihre Kleidungsstücke in dem Garderobenraum zur Aufbewahrung abgegeben. Als nach Beendigung des Tanzes beide ihre Sachen zurückverlangten, mußten sie die Entdeckung machen, daß sich hinter dem Rücken der Garderobenfrau ein Dieb in den Raum eingeschlichen und von den beiden die Pelzschmucke im Werte von 330 und 206 M. gestohlen hatte. Trotz aller Nachforschungen konnte der Täter bisher nicht ermittelt werden.

Gleisen. Einbruchsdiebstähle. In dem hiesigen Rittergut wurden von den Dielen Getreide, Hülsenfrüchte, Gänse, Enten, Kaninchen gestohlen. Der durch Doppelschloß gesicherte Hausboden wurde erbrochen und Wäsche, Kleidungsstücke, Mantel, Hemden mitgenommen. Auch in Werlitzsch ist eingebrochen worden, ebenso in Kölsa, wo beim Gutsbesitzer Eberhardt aus der Scheune Getreide entwendet wurde.

Eisleben. Geldiebstahl. Einem auf dem Markte wohnenden Fräulein wurden vor einigen Tagen aus ihrem unverschlossenen Schlafzimmer 200 M. gestohlen.

Eisleben. Riesenunterschlagung. Bei einer Kassenprüfung beim Mansfelder Knappschaftsverein zeigte sich, daß ein Betrag von 135 000 M. fehlt. Knappschaftsinspektor Lohmann hat bereits das Geständnis abgelegt, sich an den ihm anvertrauten Geldern vergriffen zu haben. Nach Feststellungen sollen die Verfehlungen fünf bis zehn Jahre zurückreichen. Lohmann spielte sich bei jeder Gelegenheit als der „Herr im Hause" auf. Bei einer Zusammenkunft des Angestellten-Rates meinte er, als er die Forderungen der Angestellten entgegennahm: Das wäre unverschämt solche Forderungen zu stellen. Man solle bitten und nicht fordern. Als man energisch wurde, meinte er, man solle den Kram allein machen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag hat sich Lohmann in seiner Wohnung erschossen.

Nachbargebiete.

Soldatenrat gegen Soldatenrat.

In einer stark besuchten Soldatenversammlung hat sich in Sonneberg ein neuer Soldatenrat gebildet. Wie ausgeführt wurde, sei man mit dem jetzigen Soldatenrat nicht zufrieden, zumal er teilweise aus Leuten bestehe, die gar nicht Soldat und nicht im Felde waren. Dieser Neugründung gegenüber veröffentlicht der Vollzugsausschuß des bisherigen Arbeiter- und Soldatenrats eine Warnung vor unüberlegtem Handeln, vor Exzessen und unliebsamen Auftritten. Wenn Soldaten glauben, Grund zu Beschwerden zu haben, oder ihre Angelegenheiten getrennt von der gegenwärtigen Organisation verwalten wollten, so müßten sie den Arbeiter- und Soldatenrat in Meiningen als maßgebende Instanz anrufen, und dessen Entscheidung abwarten. Es sei bedauerlich, daß durch unüberlegtes Handeln und rücksichtsloses Benehmen einzelner Personen des Soldatenstandes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit die Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte aus der nächsten Garnison in Anspruch genommen werden mußte.

Es wird höchste Zeit, daß wir zur gesetzmäßigen Ordnung zurückkehren!

Zur Trennung von Kirche und Staat.

Bei einer Besprechung des Vorstandes des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Volksbeauftragten Buck, mit dem Präsidenten des Landeskonsistoriums Dr. Böhme wegen der Frage der Trennung von Kirche und Staat wurde vom Minister wiederholt betont, daß die im Aufrufe an das sächsische Volk angekündigte Trennung von Staat und Kirche von der Regierung bald werde durchgeführt werden, wobei er sich persönlich bemühen werde, Härten zu verhüten. Bestimmt müsse aber die oberste Kirchenbehörde mit dem baldigen Wegfall aller Staatsaufwendungen für die Landeskirche, ebenso mit der Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule, mit der Uebernahme der Friedhofsverwaltung durch die politischen Gemeindevertretungen und einer Aenderung in der Art der Aufbringung der Mittel für den kirchlichen Bedarf rechnen. Dem Landeskonsistorium werde durch eine entsprechende Verfügung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts die alsbaldige Einleitung entsprechender Ueberleitungsmaßnahmen anheimgegeben werden.

Magdeburg. Die Stadt stellt für Notstandsarbeiten neben früheren Bewilligungen namentlich in der Gartenverwaltung, die acht verschiedene Möglichkeiten mit rund 300 000 M. Kosten darstellen, neue 1 245 000 M. bereit.

Dessau. Am 1. Dezember ist der bisherige Staatsminister Dr. Gutknecht aus der Leitung der Staatsgeschäfte ausgeschieden, die nunmehr für den Staatsrat durch dessen Vorsitzenden, den Gen. Wolfgang

---

Ende gut, alles gut.

3] Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Kräftiger noch war die Rüge, wenn Michel seiner Ehrlichkeit freien Lauf gelassen und die Wahrheit gesagt hatte, wo Höflichkeit an der Stelle gewesen wäre! Nach dem ersten auffallenden Verstoß dieser Art kam es zu folgender Szene:

Mutter: No ha'et (heute) host widder a Dommheit g'macht! Du bist doch dr Dipplengi* em ganza' Doraf (Dorf)! Sakt ma'n oem so ebbes en's G'sicht? Setzt m'a d'Leut so en Verlega'heit?

Michel (trutzig). 's ist nor d'Wora't (Wahrheit) g'wesa', was e g'sakt hab'!

Mutter (bitter lachend): D'Wora't! O du o'sennenger (unsinniger) Mensch! Sakt ma' d'Wora't, wann's o'gschickt rauskommt und d'Leut verärietzt? — Was weara'n ietz die von der denka'? Und was weara's von d'r verzähla', wann's hoem (heim) kommet!

Michel: Mei'twega' was went (was sie wollen)! I frog' nex dernoch!

Mutter: Oh rehcht (auch recht)! Du fragst nex dernoch, wamma' de für'n Esel hält und dei' Mutter für a Weib, die de net zoga' hot? Du wurscht a saubers Mannsbild weara'! Du wurscht schöa' durch d' Welt komma'! — Jetz möcht' i nor wissa, w'rom ih grad so g'stroft ben und so'n Narra' zum Soh' hab'!

Michel (ärgerlich): No, ietz isch gnuag! — — A'n anderßmol du' es (tu ich es) nemmer!

Diese Zusage, die ihm das Verlangen nach dem Schluß erpreßt hatte, konnte der gute Michel indessen nicht immer halten. Wenn er aber auch in weiteren Verstößen sich selbst übertraf — wenn er, zum Sprechen genötigt, in seinem Widerwillen vollständig „aus dem Weg naus" redete oder, durch sein eigenes Schweigen belästigt, in der Zerstreuung und ohne Kenntnis des eben Gesprochenen eine Frage tat, daß man ihn für „meschuda" (hebräisch: verrückt) hielt — kurz, wenn er auf dem eingeschlagenen Wege konsequent fortging, so hörten die Predigten der Mutter doch nach und nach auf. Einmal wurde die wackere Frau müde, stets dasselbe zu sagen für nichts und wieder nichts. Dann regte sich, je mehr er heranwuchs und Autorität unter den Dorfburschen erlangte, in Michel ein Geist der Widersetzlichkeit, der sich das „Repermandieren" nicht gefallen lassen wollte. Die Schwabin beschränkte sich zunächst auf einzelne kurze Bemerkungen, wie z. B.: „No, ha'et host widder a Schluap (großes Maul) rahg'hängt, des muß i saga'! Wann de nor em Spiegel g'seha' hätt'st — du hätt'st der g'wiß selber gfalla'!" Oder: „Ha'et host widder 'n Einfall g'hett (gehabt)! Wie d'nor d'rauf komma' bist! A'n anderer brächt's net raus, er därft se Müa' geba'!" — Aber Michel wurde endlich auch dadurch verletzt und sagte einmal unmutsvoll: „Jetz loß me amol ganga'! I ben wie'n e ben, und durch dei' ewengs (ewiges) G'schimpf wear' e net anderst! Weam e net g'fall, der soll derhoemt (daheim) bleiba', oder — — i hätt' schier ebbes g'sakt!"

Die Mutter seufzte. Sie mußte einsehen, daß sie sich in einem Punkte geirrt und ihr Sohn eben doch einen Fehler habe, und zwar einen großen, den er vielleicht nie ablegen werde. Aber noch blieb ihr eine Hoffnung. Michel war noch jung, es konnte noch werden. „Vielleicht got's 'm," dachte die Gute, „wie's scho' manchem ganga' ift!" — vielleicht wurd 'r zoga', wann 'm a Mäde g'fällt!" — Dieser Gedanke leuchtete ihr ein und rief eine Art von Lächeln auf ihr Gesicht. Es gab manche im Dorf, die ihr als Söhnerin nicht unlieb gewesen wäre. Wenn Michel an einer seine Freud' hätte, sich „um sie herummachte" und sie zum Tanz führte, dann müßte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn ihm der Verstand nicht kommen und das Maul nicht aufgehen sollte! — Die gute Frau stellte sich das so hübsch und natürlich vor, das sie recht erheitert wurde und auf diese Medizin das vollste Vertrauen setzte. Sie beschloß, ihn gehen zu lassen und zu warten.

Michel wurde neunzehn, er wurde zwanzig Jahre alt — und noch gefiel ihm keine. Die Mutter schüttelte den Kopf. Nicht nur, daß er keiner den Vorzug gab — er machte sich aus den Mädchen überhaupt nichts. Er lief ihnen nicht nur nicht nach, er wich ihnen aus oder tat wenigstens, als sähe er sie nicht. An Lustbarkeiten nahm er teil, aber nur, um sich zu Mannsbildern zu setzen, die ohne Schatz waren wie er. Mit diesen zechte, dampfte und diskutierte er in der schon beschriebenen Art und ging endlich zufrieden nach Hause. Ein paarmal ließ er sich von einer Nachbarin, die einige Jahre älter war als er und ihm gegenüber eine Art von Erziehungstrieb spürte, zum Tanzen verleiten. Als er aber nach dem zweiten Versuch eine alte Base zu ihm sagte, er tanze, daß „dem Teufel dran grause", und er müsse es besser lernen, sonst wär's gefehlt — da hatte dies nicht zur Folge, daß er's besser lernte, sondern ganz und gar aufsteckte. — Die Mutter war recht bedenklich, und an die Stelle der Hoffnung trat das Mißvergnügen und die Sorge.

Auf dem Lande heiratet man verhältnismäßig früh, und früh knüpfen sich auch Liebesbündnisse. Zwei junge Leute, die sich gefallen, gedeihen eben darum bald zum Liebespaar, weil sie auch bald zum Ehepaar gedeihen können; und der Dorfgeschichten-Erzähler wird nicht leicht in den Fall kommen, seine Leser für das Verhältnis eines Vierzigers mit einem zwanzigjährigen Mädchen interessieren zu müssen, was der Novellist der höheren Stände immer seltener wird umgehen können. Daß ein Sohn zu spät oder zu wenig nach den Mädchen fragt, ist ein Unglück, welches häurischen Eltern selten begegnet. Oefter kommt es vor, daß einer in jungen Jahren zu viel danach fragt und dann natürlicherweise Folgen sich ergeben, die den Eltern viel Verdruß machen können; in der Regel aber auch wieder eine gute Ausgleichung finden. Vernünftige Eltern wünschen niemals, daß ihr Sohn eine Liebschaft anfange, wenn er kaum ein paar Jahre aus der Schule ist. Aber wenn ein Jahr ums andere vergeht, wenn er in die Zwanzig eintritt und immer noch tut, als ob's gar keine Mädchen auf der Welt gäbe, dann findet man das auf dem Lande nicht natürlich.

Als Michel das zwanzigste Jahr hinter sich hatte, achtete es die Schwabin für ihre Pflicht, ihm in dieser Beziehung Ermahnungen zu geben — freundliche, liebevolle Ermahnungen; sie wußte ja, daß andere bei ihm nicht anschlugen! — Bei Gelegenheit eines Tanzes forderte sie ihn auf, ins Wirtshaus zu gehen und sich auch einmal ein Vergnügen zu machen. Er habe ja die letzte Zeit her genug geschafft, und für Leute seines Alters wären ja solche Gelegenheiten da. Michel antwortete, er wolle sich schon ein Vergnügen machen. Die Mutter schüttelte den Kopf und sagte: „I moe (meine) net, daß de widder he'etzst und rohchst aus dei'm Pfeifakopf — i moen, daß d'oh a Mäde nemmst und danzst mit 'r, wie ander' jung Leut."

Michel schwieg einen Moment, dann sagte er: „Du woescht (weißt), Mueter, d's Danza' frät me net."

(Fortsetzung folgt.)

* Von Düppel, eine Kopfkrankheit der Schafe, wobei sie sich wie blödsinnig benehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181205-11/fragment/page=0003

Heine, endgültig übernommen wurden. Staatsminister Dr. Gutknecht wiederholt in einem öffentlichen Aufruf die Bitte, daß sämtliche Beamten der neuen Staatsgewalt gegenüber ihre Pflicht im Interesse des Vaterlandes erfüllen möchten.

Dresden. Der Straßenverkehr, der des Kohlenmangels wegen seit einigen Tagen bereits nachmittags 3 Uhr völlig eingestellt ist, wird auf einigen wenigen Linien bis 5 Uhr, auf den Außenlinien zum Teil bis 7 und 8 Uhr ausgedehnt.

— Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, legen die bisherigen Hofbeamten dagegen Verwahrung ein, von den der vormaligen königlichen Hofhaltung zugewiesenen Lebensmitteln irgendetwas erhalten zu haben. Die Beamtenschaft ist vielmehr genau so rationiert worden wie jeder andere Einwohner.

Die Londoner Entente-Konferenz.

London, 4. Dezember. (Reuter.) Gestern abend wurde folgende amtliche Erklärung veröffentlicht: Die während der beiden letzten Tage abgehaltene Konferenz zwischen der französischen, italienischen und britischen Regierung, über die Lloyd George präsidierte, wurde heute Abend zum Abschlusse gebracht. Anwesend waren die Premierminister von Frankreich, Italien und Groß-Britannien, ferner Balfour, Sonnino, Foch und der Chef des Reichsgeneralstabes. Es wurden auch gemeinsame Versammlungen der Vertreter der Alliierten und des Reichskriegskabinetts abgehalten, denen die Premierminister von Kanada, Australien und Neufundland, General Smuts und andere britische und Dominion-Minister beiwohnen. House war durch Krankheit verhindert, diesen Konferenzen beizuwohnen.

Wie Reuter erfährt, hat sich bei den Beratungen der Londoner Konferenz gezeigt, daß man einstimmig der Ansicht ist, daß von Holland die Auslieferung des Exkaisers und des Ex-Kronprinzen wegen Verletzungen des Völkerrechts während des Krieges verlangt werden soll.

•

Definitive Beschlüsse scheinen mit Rücksicht auf die Abwesenheit Wilsons nicht gefaßt worden zu sein. Inzwischen hat sich Wilson eingeschifft. Der Dampfer George Washington, mit dem er nach Europa kommt, wurde mit der stärksten drahtlosen Einrichtung eingerichtet, die sich je an Bord eines Schiffes befand. Diese Einrichtung wird es dem Präsidenten ermöglichen, auf der Reise fortwährend mit Washington in Fühlung zu bleiben. Voraussichtlich wird Wilson am 12. Dezember nachmittags in Brest (Nordfrankreich) an Land gehen und um 1 Uhr nachts in Paris eintreffen. Als Beginn der eigentlichen Friedensverhandlungen wird jetzt der 20. Dezember genannt.

Die Berliner Garde-Regimenter für die Regierung Ebert-Haase.

Aus Berlin meldet W. T. B. unterm 4. Dezember: Die vorgestrigen bedauerlichen Vorgänge beim Einmarsch der Garde-Funker unter Vorantritt von Offizieren und unter gegenrevolutionären Kundgebungen haben die Delegierten bzw. Kommandeure von etwa 20 Berliner Regimentern veranlaßt, in einem zu diesem Zwecke veranstalteten Zusammensein nachdrücklichst gegen ähnliche Absichten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, Stellung zu nehmen. Sie haben, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und um mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Einflüssen, die das Wirken der Regierung im Sinne der sozialistischen Revolution beeinträchtigen könnten, entgegenzutreten, folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die hier versammelten Vertreter der Regimenter des Gardekorps wählen unter Hinzuziehung der hier nicht anwesenden Truppenteile am morgigen Tage einen siebengliedrigen Groß-Berliner Aktionsausschuß als oberste Instanz zur Wahrung aller das Gardekorps betreffenden Angelegenheiten.

2. Die hier anwesenden Vertreter von Regimentern des Gardekorps wählen einen Dreierausschuß mit dem Auftrage, der vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten Regierung Ebert-Haase ihr Vertrauen und die Versicherung auszusprechen, daß die namentlich genannten Regimenter der Regierung Ebert-Haase rückhaltlos zur Verfügung stehen, um die Errungenschaften der sozialistischen Revolution und deren sachgemäßen Ausbau gegen schädigende Einflüsse — sie mögen kommen von welcher Seite es auch immer sei — mit allen im Augenblick erforderlichen Mitteln zu schützen.

1. Garde-Regiment; Reserve-Infanterie-Regiment 93; Garde-Schützen-Batl.; Regiment Augusta; 2. Garde-Ulanen; 1. Garde-Train; 2. Garde-Train; 3. Garde-Regt. zu Fuß; 1. Garde-Feld-Regt.; 1. Garde-Dragoner-Regt.; 1. Bataillon Elisabeth; 2. Garde-Regt. zu Fuß; Regiment Franz; 1. Garde-Regt. zu Fuß; 3. Garde-Regt. zu Fuß; Pionier-Ers.-Batl. 3; 64er Neukölln; Alexander-Regt.; 2. Garde-Pioniere; 5. Garde-Regt.; Train-Ers.-Batl. 3.

Warum ist es sinnlos, Banknoten und Kassenscheine zu hamstern?

1. Bares Geld in Noten, Kassenscheinen usw. verbürgt keine höhere Sicherheit als der Besitz von Guthaben bei Geldinstituten. Ein Mißtrauen gegen die ordentliche Geschäftsführung der deutschen Banken, Sparkassen und Genossenschaften besteht nicht. Jeder kennt die soliden Grundsätze, nach denen sie verwaltet werden, jeder weiß, daß ihre Zahlungsfähigkeit über jeden Zweifel erhaben ist.

2. Wer Wertpapiere verkauft, um den Erlös in bar aufzubewahren, verliert Zinsen. Bargeld frißt Zinsen, Wertpapiere und Guthaben bei den Geldinstituten bringen Zinsen. Kassenscheine und Noten sind zinslose Schuldverschreibungen des Reiches oder der Reichsbank, ihnen stehen die verzinslichen Schuldverschreibungen des Reiches — die Reichsanleihen — an Sicherheit nicht nach; darum liegt es durchaus im Interesse jedes einzelnen, Barbestände, die er zur Zeit nicht benötigt, anzulegen.

3. Wer sein Geld mit sich herumträgt oder zu Hause aufbewahrt, setzt sich der Gefahr aus, es zu verlieren oder durch Diebstahl oder Brand einzubüßen.

4. Verlorengegangene Banknoten sind kaum ersetzbar, während beim Abhandenkommen anderer Wertpapiere durch ein Aufgebotsverfahren der Schaden zum größten Teil gut gemacht werden kann.

5. Die Zahlung durch Bargeld ist mit mancherlei Umständen verknüpft, während die Zahlung auf bargeldlosem Wege durch Ueberweisung oder Scheck vom Schreibtisch aus erfolgen kann. Bargeldlose Zahlungen lassen sich noch nach Jahren aus den Büchern der Banken usw. nachweisen; so werden Rechtsnachteile, die häufig durch das Verlorengehen von Quittungen entstehen, vermieden.

6. Die Sorge vor einer Beschlagnahme der Guthaben bei Banken, Sparkassen, Genossenschaften, Postscheckämtern ist jetzt und in Zukunft völlig unbegründet. Von maßgebender Seite abgegebene Erklärungen weisen eine derartige Annahme in nicht mißzuverstehender Weise ein für allemal zurück. Daran wird sich jede Regierung gebunden halten. Außerdem sollte sich doch jeder überlegen, daß eine solche Beschlagnahme der Guthaben praktisch ganz undurchführbar wäre. Denn die Guthaben der Kunden sind ja gar nicht voll in bar vorhanden, sondern, abgesehen von den dem nötigen Kassenbestand, in Hypotheken, Darlehen, Wertpapieren usw. angelegt.

7. Die gegenwärtige Zahlungsmittelknappheit ist eine vorübergehende, durch die Aufspeicherungswut des Publikums hervorgerufene Erscheinung, die um so eher verschwinden wird, je mehr die Mahnung zur Besonnenheit Beachtung findet. Eine Reihe durchgreifender Maßnahmen ist getroffen, um jeden sich in vernünftigen Grenzen haltenden Bedarf an Zahlungsmitteln zu befriedigen. Wollte die Bevölkerung aber dazu schreiten, das gesamte Kapitalvermögen in Geldgeichen umzuwandeln, so vermöchte wohl keine Notenbank der Welt die erforderlichen Notenmengen zu beschaffen.

8. Eine weitere Ausdehnung des Papiergeldumlaufs, welche sich als Folgeerscheinung der Banknotenhamsterei ergeben muß, hemmt und verzögert den Rückgang der Preise, wie ihn die langsam sich entspannende Lage mit sich bringen wird.

9. Die Noten- und Geldhamsterei erschwert die Abwicklung der Lohn- und Gehaltszahlungen und setzt das Reich der Gefahr von inneren Unruhen aus.

10. Ein übermäßiger Notenumlauf setzt das finanzielle Ansehen des Reiches im Auslande herab, erschwert die Wiederherstellung des normalen Standes der Valuta und gefährdet den Wiederaufbau der Volkswirtschaft.

Darum:

bringt eure überflüssigen Banknotenbestände zu den Geldinstituten!

Gewerkschaftliches.

Neureglung der Arbeitsbedingungen im Buchbindergewerbe.

In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinderverbandes, die am 28. und 29. November im Buchgewerbehaus in Leipzig stattfand, wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die tägliche Arbeitszeit darf acht Stunden, Sonnabends sechs Stunden nicht überschreiten.

2. Der Stundenlohn ist um soviel zu erhöhen, daß ein Ausfall durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht entsteht. Wochenlohn darf nicht gekürzt werden. Auf die Akkordpreise wird zum Ausgleich der Verkürzung der Arbeitszeit ein Aufschlag von zehn Prozent gewährt.

3. Insofern und so lange die Kohlennot das bedingt, ist die Arbeitszeit von 8—12 und ½1 bis ½5 Uhr ohne Frühstücks- und Vesperpause. Sonnabends findet eine Viertelstunde Frühstückspause statt, die in die Arbeitszeit nicht eingerechnet wird. Nach Wegfall der Behinderung durch die Kohlennot ist die Arbeitszeit so zu regeln, daß Arbeitsbeginn und Arbeitsschluß früher erfolgen.

4. Ueberstunden dürfen nicht verlangt und nicht geleistet werden. Nur in einzelnen dringlichen Fällen können bei Uebereinstimmung zwischen Geschäftsleitung und Arbeiterausschuß Ausnahmen zugelassen werden.

5. Die Mindeststundenlöhne sind mindestens um soviel zu erhöhen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen wird. Endgültige Neuregelung der Mindestlöhne hat in einer möglichst bald einzuberufenen neuen gemeinschaftlichen Sitzung zu erfolgen.

6. Das Verbot der Männerarbeit durch Frauen wird aufrechterhalten. Bezüglich der zulässigen Ausnahmen bleibt es bei den früheren Abreden.

7. Heimarbeit ist unstatthaft.

8. Die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer sind von ihrem früheren Arbeitgeber wieder anzustellen. Alle näheren Vereinbarungen treffen die örtlichen Organisationen gemäß den früheren gemeinsamen Beschlüssen.

9. Entlassungen sind möglichst zu vermeiden. Die beiderseitigen Organisationen haben sich bei Arbeitsmangel über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.

10. Die Entlohnung der in ihrer Arbeitskraft wesentlich beschränkten Kriegsbeschädigten unterliegt zunächst der Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und den Kriegsbeschädigten. Bei Differenzen sind die Arbeiterausschüsse und nötigenfalls die Organisationsleitungen zur Entscheidung heranzuziehen.

11. Bei Verkürzung der Arbeitszeit unter wöchentlich 46 Stunden und bei Ausfall von Arbeitszeit durch Kohlenmangel bleibt teilweise Entschädigung für den durch die staatlich: Arbeitslosenunterstützung nicht gedeckten Ausfall am Verdienst örtlicher Verständigung vorbehalten.

12. Paritätische Arbeitsnachweise sind in allen Tarifstädten unverzüglich einzurichten. Einstellungen dürfen nur durch Vermittlung Arbeitsnachweise erfolgen. Nähere Bestimmungen über die Regelung des Arbeitsnachweises und der Arbeitsvermittlung bleiben örtlicher Bestimmung vorbehalten.

13. Diese Beschlüsse treten mit Beginn der nächsten Lohnrechnungswoche, also am 5. oder 6. Dezember in Kraft. Die erste Lohnzahlung nach dieser neuen Bestimmung erfolgt am 13. Dezember.

Auf einer Gauleiterkonferenz des Buchbinderverbandes führte sein Vorsitzender, Genosse Kloth, zu diesem Abkommen aus, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, letztes Ziel auch der Gewerkschaften, sei nicht in ein paar Wochen oder Monaten durchzuführen, besonders auch nicht im graphischen Gewerbe mit seinem starken Absatz auf dem Weltmarkt. Man dürfe nicht wie in Rußland durch graue Theorien und unerhörte Schreckensherrschaft das wirtschaftliche Leben zerstören, sondern müsse durch eine gesunde Wirtschaft und Handel mit den kapitalistischen Staaten die revolutionären Errungenschaften aufrechterhalten. Dazu sei die Nationalversammlung raschestens notwendig. Die Arbeiter- und Soldatenräte dürften nicht den wirtschaftlichen Wiederaufbau stören. Nächstes Ziel der Gewerkschaften müsse die Schaffung der konstitutionellen Fabrik sein. Ihre Berufskenntnis befähige sie zu nützlichem Schaffen im Rahmen der gegebenen Verhältnisse. Dazu sei auch dieser Vertrag ein Ausdruck. Diesem Grundgedanken stimmten alle Konferenzteilnehmer zu.

Tarifliche Lohnvereinbarungen für die gesamte Holzindustrie.

Ohne die zwischen den Gewerkschaften und den großen Arbeitgeberverbänden getroffenen Vereinbarungen vom 15. November d. J. abzuwarten, hatte der Deutsche Holzarbeiterverband den Arbeitgebern der Holzindustrie Anträge über Lohnregelung und sonstige gemeinsame Maßnahmen für die Ordnung der Friedenswirtschaft unterbreitet, die am 26. November in einer größeren gemeinsamen Konferenz Gegenstand der Verhandlung bildeten.

Neben der Neubelebung der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsbeschaffung, Verteilung der Aufträge, Preisregelung unter Ausschaltung des Submissionswesens, Rohstoffversorgung, Arbeitsvermittlung, Fürsorge für Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte u. a. m. kam es den Arbeitervertretern insbesondere auf die Neuordnung der Tariflöhne an, um einerseits die berechtigten Wünsche der Arbeiter im großen Zuge zur Anerkennung zu bringen, anderseits die ungeübte Betriebsführung besonders für die jetzige schwierige Zeit der Uebergangswirtschaft zu sichern.

Zunächst galt es, die Tariflöhne der Holzarbeiter dem Achtstundentag anzupassen. Die bisherigen Mindestlöhne betrugen in den 6 Tarifklassen 1.— bis 1.40 M. pro Stunde. Bei einfacher Umrechnung nach der verkürzten Arbeitszeit wären die Arbeiter in den höheren Tarifklassen zu kurz gekommen. Der Holzarbeiterverband schlug daher eine Erhöhung der Mindestlöhne auf 1.15 bis 1.65 M. pro Stunde vor. Da aber die tatsächlichen Verdienste der Holzarbeiter auf Grund der vereinbarten Akkordtarife und der weit über dem Mindestlohn stehenden Stundenlöhne weit über diesen Mindestsätzen stehen, legte der Holzarbeiterverband einen weiteren Entwurf über Mindestwochenverdienste vor, die für Arbeiterinnen und Arbeiter je nach der Tarifklasse zwischen 40 und 110 M. schwanken sollten. Diese Wochenverdienste bedeuten einen Nebenverdienst von zirka 30 Prozent bei den Akkordarbeitern gegenüber den erhöhten Mindestlöhnen. Die Unternehmer zeigten keine Neigung, auf diese mäßige und rücksichtsvolle Forderung einzugehen. Es wird sich zeigen, ob sie damit klug gehandelt haben. Das Tarifamt für das Holzgewerbe wird die Verhandlungen über diese Angelegenheit bestimmt zu Ende führen müssen, denn je länger es dauert, desto teurer wird es für die Unternehmer werden.

Unterdessen ist der Deutsche Holzarbeiterverband auf der ganzen Linie rührig an der Arbeit, um auch für diejenigen Berufe, deren Unternehmer bisher dem Tarifgedanken mehr oder minder abgeneigt waren, sichere Grundlagen für die zentrale Lohnregelung zu schaffen. So fand z. B. schon am 2. Dezember die Verhandlung darüber mit dem Reichsverband Deutscher Klavierfabrikanten statt. Weitere Verhandlungen dieser Art sind in Vorbereitung für die Modellfabriken, Stuhlfabriken und Stockfabriken. Desgleichen sollen ähnliche Verhandlungen für die Waggonfabriken stattfinden. Eine Reihe weiterer Branchen, wie Bürsten- und Pinselfabriken, Knopffabriken, Sägewerke, Holzbearbeitungsfabriken usw. sollen ebenfalls so schnell wie möglich in den Kreis der tariflichen Lohnregelung einbezogen werden. Alle Funktionäre und Organe des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind in angestrengter Weise tätig, um für die erfolgreiche Durchführung dieser Maßnahmen die nötigen Vorbedingungen zu schaffen.

Für das Korbmachergewerbe hat das zuständige Tarifamt bereits eine entsprechende Anweisung herausgegeben. In diesem Gewerbe ist die Lage besonders schlimm, weil sich eine Masse berufsfremder Unternehmer und Arbeiter auf das während des Krieges recht lohnende Geschäft der Geschoßkorbfabrikation geworfen hatte; sie wollen jetzt nicht ohne weiteres denen den Platz räumen, die das Gewerbe berufsmäßig betrieben und für eine wirklich brauchbare Friedensarbeit Gewähr bieten. Für die Bautischlerei arbeitet der Verbandsvorstand schon seit längerer Zeit an einem umfangreichen Tarifwerk. Daß solche praktische Gewerkschaftsarbeit noch immer die wirksamste Waffe für die Erstarkung und Aktionsfähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gewesen ist, wird vom Holzarbeiterverband bei seiner ganzen geschilderten Tätigkeit nicht etwa übersehen. Das Vertrauen der Holzarbeiter, bis in die letzten Winkel des Reiches zum Deutschen Holzarbeiterverband hat sich niemals besser bewährt als gerade in den letzten Wochen der revolutionären Umwälzung. Nicht bloß zu Hunderten, zu Tausenden und Zehntausenden strömen die bisher noch indifferenten Holzarbeiter und Arbeiterinnen dem Verbande zu. Dieser wird wie immer das Vertrauen zu rechtfertigen suchen, indem er nun, da auch die Kämpfer aus dem Felde wieder mit Hand ans Werk legen können, mit frischen vereinten Kräften dazu mithilft, der Ausbeutung und Bedrückung der Arbeiterschaft ein Ende zu machen. Denn auch jetzt noch und jetzt erst recht gilt das Losungswort: Gestützt auf die Organisation vorwärts zur endgültigen Befreiung aus Not und Elend!

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Verein der beiden Kölner Wahlkreise gewann seit dem 1. Oktober über 4000 Mitglieder, Männer und Frauen.

In Flörsheim a. M., im Wahlkreise Höchst, haben sich die beiden Richtungen der sozialdemokratischen Partei geeinigt und beschlossen, ohne jede Rücksicht auf den weitergehenden Parteikampf zusammenzubleiben.

Die Niederrheinische Volksstimme (Duisburg) gewann in den letzten Wochen 10 000 Bezieher.

In Königsberg erscheint der seit Kriegsbeginn eingestellte Landbote, das Organ der Partei für die Landagitation seit dem 1. Dezember wieder.

Partei-Literatur.

„Nur über meine Leiche." Unter diesem Titel, der an Richard Müllers bekannt gewordenes Wort anknüpft, läßt der Verlag der Buchhandlung Vorwärts soeben eine Flugschrift erscheinen. Sie durchprüft das Für und Wider des Kampfes um die Nationalversammlung und gelangt zu dem Ergebnis, daß es um des Friedens willen unbedingt nötig ist, möglichst rasch die Konstituante einzuberufen. Die Flugschrift klärt den Weg, den die Revolution gewinnen muß, wenn sie Verwirrungen entgehen soll. Die energisch geschriebene Broschüre verdient eine Massenverbreitung. Sie kostet 15 Pfennig.

Von dem Leichenbegängnis der Opfer der Revolutionstage hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, sechs verschiedene Postkarten herausgegeben. Der Preis für jede Karte beträgt 20 Pfennig.

Rechtsprechung.

Reichsgericht.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Zigarrenmachers Heinrich Kurz, der vom Schwurgericht Nordhausen am 27. Juni zum Tode verurteilt worden ist, weil er die Barbierstrau Kleemann ermordet hatte.

Ferner wurde verworfen die Revision des Musketiers Max Ruß, der in Wittenberge im Mai seine Frau ermordet hat und deshalb vom Schwurgericht Neuruppin am 10. Oktober zum Tode verurteilt worden ist.

Aus aller Welt.

Ein überfallener Eisenbahnzug.

Wien, 3. Dezember. Die Blätter melden aus Budapest: Gestern abend wurde der um 9 Uhr abends von Marchegg abgelassene Personenzug bei Neudorf zwischen Preßburg und Marchegg von Tschechen angehalten, die den Zug ausrauben wollten. Ein Gegenzug mit deutschen Soldaten von der Armee Mackensen war gerade eingelaufen. Es kam zu einem Kampfe zwischen Deutschen und Tschechen, der drei Stunden dauerte. Schließlich wurden die Tschechen vertrieben. Später traf auch ungarische Verstärkung ein.

Wie das Wiener Achtuhrblatt erfährt, sind heute Nacht die tschechischen Truppen in Marchegg eingezogen und haben den Ort besetzt. Kurz darauf stellte sich ihnen ein Bataillon der deutsch-österreichischen Volkswehr entgegen und vertrieb die Tschechen wieder.

Die Preßfreiheit auch in Essen unterdrückt.

Essen, 4. Dezember. In Anschluß an eine Versammlung der Spartakus-Gruppe im städtischen Saalbau zog gestern abend gegen ½8 Uhr eine große Menschenmenge unter Führung von bewaffneten Mannschaften der Bürgerwehr und des A.- und S.-Rats vor das Gebäude der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Die Bewaffneten verschafften sich mit Gewalt Eingang, erbrachen die verschlossenen Türen und stürmten das Gebäude. Die Masse drang in die Setzerei und die übrigen technischen Räume, warf die Setzkästen durcheinander und erzwangen die Einstellung des Betriebes. Die Mannschaft der Volkswehr drang auch in die Geschäftszimmer und die Redaktionsräume ein und erzwangen unter Androhung von Waffengewalt die Einstellung jeglicher Tätigkeit. Das gesamte Personal der Zeitung wurde gezwungen, das Gebäude zu verlassen, das vom Rat der Volkswehr besetzt wurde. Die schwarz-weiß-rote Fahne wurde eingezogen und an ihre Stelle die rote ausgehängt. Der Kommandant der Volkswehr hielt vom Balkon des Gebäudes eine Ansprache an die Menge. Ebenso wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung wurde auch die im Gebäude der Zeitung befindliche Agentur des W. T. B. von den Eindringlingen besetzt. Auch hier wurde die sofortige Einstellung des Betriebes erzwungen. Das Personal mußte gleichfalls die Bureauräume verlassen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 3. Dezember. Das Auswärtige Amt teilt mit: Nach dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen in Spaa über die Frage des Heimmarsches der Armee Mackensen durch Ungarn besteht die begründete Hoffnung, daß die Armee nicht interniert wird und ihren Heimmarsch fortsetzen kann.

Berlin, 3. Dezember. Ueber die nachgesuchte Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See ist eine Antwort von Admiral Beatty eingegangen. Eine Milderung der Bestimmungen betreffend Handelsschiffahrt und Fischerei in der Ostsee tritt vorläufig nicht ein.

Brüssel, 3. Dezember. (Havas). Der Hauptausschuß für die Industrie schätzt den durch den Krieg bewirkten Schaden der belgischen Industrie auf Grund einer ersten Untersuchung auf 6560 Millionen Frank.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181205-11/fragment/page=0004